BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 44 / Jahr 5* *Wien, März 2019*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist_Innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Deutschland] ABC Berlin (wieder) gegründet

quelle: de.indymedia.org

Eine Gruppe von Anarchist*innen hat sich gefunden, um das „Anarchist Black Cross" (kurz: abc) in Berlin wiederzubeleben. Antiautoritär, antistaatlich – gemeinsam gegen die Repression!

Wir beobachten die derzeitige Entwicklung und den Umgang mit Repression. Während Überwachung und Kriminalisierung zunehmen, findet der Widerstand dagegen kaum statt. Daher erachten wir es für nötig, Strukturen aufzubauen, die einen kollektiven Umgang bei der direkten Repressionserfahrung und beim Kampf gegen verantwortliche staatliche Organe anstreben.

Wir haben uns daher zusammengetan um die Gruppe „Anarchist Black Cross" in Berlin wiederzubeleben. In unserer Arbeit nehmen wir eine staatsfeindliche und anarchistische Perspektive ein. Da Repression kein lokales Phänomen ist, ist uns zudem eine bundesweite sowie internationale Vernetzung wichtig. Aus diesen Gründen haben wir uns entschieden unsere Gruppe in die Strukturen des abc einzubetten. Das abc ist ein internationales Netzwerk von anarchistischen Anti-Repressionsgruppen, die Gefangene direkt unterstützen und gegen Repression im Allgemeinen arbeiten.

Das Ziel des Staates steht fest: Angst machen und seine Kontrolle in der Gesellschaft ausweiten. Zur Zeit scheint dies erschreckend gut zu funktionieren. Während der Ruf nach einem stärkeren (Polizei-)Staat immer lauter wird, glänzen antiautoritäre Zusammenschlüsse durch Zurückhaltung und Passivität. Es scheint, als wären viele schon jetzt so eingeschüchtert, dass sie sich kaum trauen ihre Standpunkte öffentlich und ansprechbar zu vertreten. So aber überlassen wir dem Staat und der autoritären Bewegung das Feld.

Währenddessen kämpfen linksradikale Strömungen mit enormer Vereinzelung. Es finden Unmengen an Hausdurchsuchungen, Strafprozessen und Inhaftierungen statt. Zu selten werden diese öffentlich gemacht. Meist interessieren sich nur Wenige für ihre konkreten Verläufe und die Konsequenzen für die Betroffenen. Dieser Mangel an Rückhalt führt auch dazu, dass kaum Angeklagte sich dazu entschließen, ihre Prozesse politisch zu führen und als Gefangene Widerstand zu leisten. Deswegen finden wir es wichtig, das Thema Repression wieder in den Fokus zu nehmen.

Repression begreifen wir nicht nur als die staatlichen Maßnahmen, welche auf die „typischen linken Straftaten" folgen. Unser Repressionsbegriff ist weit gefasst. Er beinhaltet die permanente Androhung und Durchführung von Überwachung, die Drohung mit Knast sowie jegliches staatliches Strafen. Wenn die Abschreckung funktioniert, wird die wachsende Kontrolle des Staates zur wachsenden Selbstkontrolle im Kopf. Wir wollen zudem nicht vergessen, dass Repression in andere Unterdrückungsmechanismen wie beispielsweise Rassismus und Patriarchat eingebettet ist.

Wir wollen nicht vereinzelnd mit Repression umgehen müssen, sondern uns gemeinsam wehren. Zusammen wollen wir handlungsfähig sein. Anti-Repressionsarbeit soll wieder gängige kollektive Praxis werden, innerhalb der radikalen Linken und darüber hinaus. Anti-Repression darf kein Randthema sein, mit dem sich entweder gar nicht auseinandergesetzt wird oder erst, wenn Menschen direkt betroffen sind. Als abc wollen wir Betroffene unterstützen, Diskussionen anregen, mit unseren Ideen an die Öffentlichkeit und in die Offensive gehen und Unterdrückungen sichtbar machen. Im Widerstand gegen die Repression wollen wir zusammenkommen und kontinuierlich und entschlossen kämpfen!

Informationen zu unserer Homepage folgen bald.
Kontakt: abc-berlin@immerda.ch
Schreibt uns gerne verschlüsselt.

[Australien/Indonesien] Gemeinsame Solidaritätsaktionen für Anarchist*innen in Russland

quelle: https://mpalothia.net/, übersetzung abc wien

Gefährt*innen in Brisbane, Sydney und Melbourne im sogenannten Australien und Borneo in Indonesien haben kürzlich koordinierte Aktionen in Solidarität mit Anarchisten in Russland durchgeführt, die mit staatlicher Unterdrückung und Folter zu kämpfen haben.

Die jüngste Welle der Unterdrückung von Gefährten in Russland begann Anfang Februar, als der FSB (Föderaler Sicherheitsdienst, die Nachfolgeorganisation des KGB der Sowjetunion) Razzien durchführte, die zu Verhaftungen von einem Dutzend Gefährten führten.

Die Gefährten wurden über einen Zeitraum von 24 Stunden brutal gefoltert und gezwungen, belastende Aussagen zu unterzeichnen. Daraufhin wurden 11 der Gefährten freigelassen. Der verbliebene Gefährte Azat Miftakhov, ein Doktorand in Mechanik und Mathematik an der Moskauer Staatlichen Universität, verschwand Justizsystem, so dass der FSB ihn weiter verhören und foltern konnte. Der FSB behauptete, Azat habe Sprengstoffe hergestellt und versucht, eine Gasleitung am Stadtrand von Moskau zu sprengen. In den nächsten Tagen wurde Azat offiziell festgenommen und mehrmals freigelassen, nachdem das Gericht festgestellt hatte, dass es keine ausreichenden Beweise für die Verhaftung gab. Jedes Mal, wenn er freigelassen wurde, verhafteten ihn die FSB-Offiziere jedoch erneut für weitere Verhöre. Schließlich wurde Azat bis zum 7. März 2019 in Untersuchungshaft genommen, wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Vorfall geringfügigen Vandalismus gegen ein Büro der regierenden Partei Einheitliches Russland – ein Fenster des Büros wurde zerstört und eine Rauchbombe ins Innere geworfen. Der einzige Beweis gegen Azat ist die Aussage eine*r angeblichen "geheimen" Zeug*in.

Solidarität mit allen Anarchist*innen und Antifaschist*innen, die mit staatlicher Unterdrückung und Folter in Russland konfrontiert sind!
Der russische Staat und der FSB sind die wahren Terroristen.



[Überall] Den „Tag der politischen Gefangenen" umgestalten – Solidarität mit allen Gefangenen!

quelle: ggboberlin.blackblogs.org/



Der 18. März ist international bekannt als der „Tag der politischen Gefangenen". An diesem Tag soll an den Aufstand der Pariser Kommune im Jahr 1871 erinnert werden, „aber auch an ihre Zerschlagung und die folgende Repression. (…) 1923 erklärte die Internationale Rote Hilfe (gegründet 1922) den 18.03. zum ‚Internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen'. Nach dem Faschismus gab es erst wieder 1996, auf Initiative von Libertad und der Roten Hilfe, einen Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen. Seitdem finden jedes Jahr Veranstaltungen und Aktionen statt."[1]

Der 18. März ist folglich ein Tag, welcher lediglich für sogenannte „politische" Gefangene angedacht ist. Doch was meint das Wort „politisch"? Welche Gefangene fallen in diese Kategorie, welche nicht? Und wer entscheidet über die Trennlinie?

Offensichtlich gibt es in der linksradikalen Szene eine Deutungshoheit darüber, welche Straftaten[2] als „politisch" zu betrachten sind. Vereine, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen entscheiden darüber, welche Taten und demzufolge Gefangene als „politisch" gelesen werden können und welche als „sozial". Den „sozialen" Gefangenen wird dabei zugeschrieben, dass ihre Taten im gesellschaftlichen, nicht aber im politischen Zusammenhang stehen. Als Soligruppe Berlin der GG/BO wollen wir diese Trennung überwinden und den ausgerufenen „Tag der politischen Gefangenen" inhaltlich neu besetzen.

Politik und Gesellschaft sind zwei Begriffe, die nicht nur miteinander in Verbindung stehen sondern sich absolut bedingen. Eine klare Trennlinie würde bedeuten, dass die Politik die Gesellschaft nicht benötigt oder dass die derzeitige Gesellschaft unabhängig von der Politik existieren würde.

Wenn wir dementsprechend Taten und Handlungen nicht in derzeitige politische Verhältnisse einbetten, sondern sie davon loslösen würden, müssten wir davon ausgehen, dass die derzeitigen politischen Verhältnissen keine große Rolle für das gesamtgesellschaftliche Leben spielen.

Derzeitig wird am meisten nach Kapital- Eigentums oder Wirtschaftsdelikten gefahndet. Die Mehrheit, welche hinter Gittern verwahren muss, sitzt also eben wegen solcher Delikte. Dementsprechend sollten die meisten Straftaten von Menschen, welche sich selbst als anti-staatlich und anti-kapitalistisch begreifen, mindestens begrüßt werden, wenn nicht sogar die vollste Unterstützung erfahren. Diese Unterstützung fällt derzeitig allerdings meist aus – so auch am ausgerufenen „Tag der politischen Gefangenen". In der Theorie werden oft Phrasen verlautbart, welche von vielen in der Praxis nicht umgesetzt werden oder keine Solidarität erfahren. Wenn zum Beispiel von Individuen, Gruppen oder Organisationen „Nimm was dir zusteht!" aufgerufen wird, erfahren Menschen, welche im Knast sitzen, wenig bis keine Solidarität, wenn sie einen Supermarkt ausgeraubt haben. Welche Praxis kann aber diese Phrase besser umsetzen, als zum Beispiel ein Ladendiebstahl?

Aber auch wenn Taten moralisch nicht nachvollziehbar sind, können wir uns mit gefangenen Menschen solidarisieren. Dabei sollten wir uns zunächst die Frage stellen, warum bestimmte Taten unsere Vorstellung von Moral widersprechen und welche Gesellschaft wir anstreben. Wollen wir die neuen Richter*innen sein, welche festlegen, was in Ordnung ist und was nicht? Welche moralischen Grenzen wollen wir[3] aufziehen? Wer kontrolliert diese dann und mit welchen Mitteln? Wenn sich dafür entschieden wird, Richter*innen zu spielen, würde das unserer Vorstellung einer hierarchiefreien und anti-autoritären Gesellschaft auf jeden Fall widersprechen. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns mit allen Taten solidarisieren und die Moral in den Mülleimer schmeißen sollen.

Wir müssen auf jeden Fall eigene Grenzen ziehen und festlegen, was wir in Ordnung finden und was eine Grenzüberschreitung darstellt und nicht verhandelbar ist (z.B. jegliche Form von Diskriminierung und Übergriffen). Allerdings kann für Menschen, welche diese Grenzen überschritten haben, Knast keine Perspektive sein. Knast verschärft gesellschaftliche Konflikte, anstatt sie zu lösen. All das, was wir außerhalb der Anstaltstore erleben, gegen was wir kämpfen und versuchen uns zu wehren, finden wir hinter Gittern noch einmal – allerdings gebündelter und in viel krasserer Form.
Der Kapitalismus spiegelt sich beispielsweise in der Ausbeutung von Gefangenen wieder, denn sie verdienen nur einen Hungerlohn für ihre Zwangsarbeit. Die Hierarchien innerhalb der Gesellschaft und die staatliche Autorität spiegelt sich in den Machtpositionen der Justizbeamt*innen gegenüber den Gefangenen wieder. Ebenso verhält es sich mit der Diskriminierung und Unterdrückung: im Knast ist mehr als offensichtlich, wer in der Position der Herrschenden und Beherrschten ist und welche Konsequenzen für die jeweiligen Positionen folgen.

Die derzeitigen (europäischen) Entwicklungen steuern auf autoritäre faschistische Regimes zu. Knast spiegelt diese Entwicklungen wieder. Hinter Gittern passiert das gleiche, was wir draußen erleben – nur noch schneller, gebündelter und extremer. Wundern sollte das nicht. Knast ist, ebenso wie andere ausführende Organe des Staates, Teil des Repressionsapparates. Trotzdessen gibt es einige Menschen in der linksradikalen Szene, welche gegen verschärfte Bullengesetze und knüppelnde Cops demonstrieren, gleichzeitig aber an der Legitimität des Knastes als staatliche Zwangsinstitution festhalten. Das entspricht für uns keiner staatsfeindlichen Analyse. Wenn wir uns eine befreite Gesellschaft vorstellen, ist Knast und damit alles, was hinter Gittern passiert, von unseren Ideen am weitesten entfernt.

Die Abschaffung von Staat, Herrschaft, Kapital und allen Unterdrückungsmechanismen erfordert deswegen auch die Abschaffung von Knästen. Wenn Knast als Teil der ausführenden Organe des Staates begriffen wird, müssen auch alle Gefangene als „politisch Gefangene" gelten. Eine Unterscheidung unter Gefangenen wird dementsprechend unnötig.

Wir solidarisieren uns mit allen Menschen als „Personen in staatlicher Gefangenenschaft". Wir rufen alle dazu auf, den 18. März dafür zu nutzen, sich ebenfalls solidarisch mit allen Gefangenen zu zeigen. Die Solidarität kann dabei vielfältig sein: begleitet den Rheinmetall – Prozess um 9 Uhr im Amtsgericht Berlin, Turmstraße 91, schreibt Gefangenen Briefe, demonstriert auf den Straßen, vernetzt und organisiert euch, nutzt den gesamten Tag und die Nacht und seit dabei kreativ.

[1] – https://www.rote-hilfe.de/77-news/453-18-maerz-2013-internationaler-tag-der-politischen-gefangenen

[2] – Damit meinen wir Taten, welche in der BRD strafrechtlich verfolgt werden.

[3] – Wer ist überhaupt dieses „wir"?



Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[Afund] Herausforderungen in der Solidaritätsarbeit – Interview mit Freedom News

quelle: afund.antirep.net, übersetzung abc wien

Der International Anarchist Defence Fund wird in diesem Monat ein Jahr alt, und um dies zu feiern, teilt der IADF einige Gedanken über die anarchistische Solidaritätsarbeit und die Themen, die die Gründung des Kollektivs beeinflusst haben.

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen und anarchistische Sympathisant*innen auf der ganzen Welt, die aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden. Jede*r im Kollektiv – wahrscheinlich genau wie jede*r andere, der*die diesen Artikel liest – war entweder in bestehende Solidaritätsgruppen eingebunden oder stand selbst vor Repression.

Als wir über die Gründung des Funds nachdachten, haben wir ihn daher als etwas konzipiert, das eine Reihe von Problemen im Zusammenhang mit der Solidarität in unseren Reihen lösen sollte.

Zunächst einmal sollten wir sagen, dass der Fund kein Konkurrent der bestehenden Solidaritäts- und Anti-Repressionsstrukturen ist, sondern eine Ergänzung. Der A-Fund erhebt nicht den Anspruch, eine Gruppe zu sein, die langfristige Unterstützung oder Rechtsberatung anbietet, Aktivist*innen im Umgang mit der Polizei aufklärt usw., wie es viele ABC-Gruppen tun. Wir bieten nur einmalige finanzielle Hilfe und einige informationelle Unterstützung.

Warum halten wir dies für wichtig?
Hier kommt der erste Aspekt der Solidarität, und zwar die ungleiche Verteilung der Ressourcen. Die Zusammenhänge, in die wir hineingeboren werden und unsere Hintergründe beeinflussen die Höhe der möglichen finanziellen Unterstützung, die wir geben und erhalten können. Es geht nicht nur um das Familien- oder Berufsprivileg, sondern auch um die Solidaritäts-Traditionen in der Bewegung, die Verfügbarkeit von aktivistischer Infrastruktur oder einfach nur um Aktivist*innen, die Art und Weise, wie der Staat Menschen in der Region unterdrückt, Verbindungen der Bewegung mit internationalen Gruppen, etc. Die Mischung dieser Faktoren führt zu Menschen, die umfangreiche Unterstützung genießen und im Handumdrehen Geld mit ihren Spendenaktionen sammeln, während wir nie von Fällen aus Regionen hören, die in internationalen Übersetzungen und Facebook-Werbung nicht so stark sind. Der A-Fund wurde eingerichtet, um den Status quo zu durchbrechen und den Zugang zu internationalem Geld weltweit zu erleichtern. Dies ist einer der Gründe, warum wir versuchen, sprachlich zugänglich zu sein – unsere Website umfasst derzeit sieben Sprachen, und weitere kommen noch hinzu.

Zusammen mit der regionalen Ungleichheit besteht die Tendenz, dass bekanntere Gefangene (oder Verfolgte) die größte Unterstützung erhalten. Leute, für die sich viele in der Bewegung verbürgen, die zahlreiche soziale Verbindungen nach außen haben oder hatten, die dafür bekannt sind dies und das zu tun überwiegen wahrscheinlich neue Aktivist*innen, die nicht so lautstark darüber sprechen, was sie tun, oder die einfach nicht sozial genug sind. Manchmal bist du der*die einzige Aktivist*in in deiner Stadt – wer wird für dich eine Solidaritätsgruppe aufbauen? Wir glauben, dass der Zugang zu den Geldern des Funds diese Tendenz ändern kann.

Ein weiterer Unterschied des Funds zu den üblichen Solidaritätsstrukturen besteht in der Möglichkeit der direkten Beteiligung der Geldgeber*innen an der Verteilung des von ihnen gespendeten Geldes. Jede*r, der*die jährlich 20 € oder mehr spendet, tritt der Entscheidungsgruppe bei, die alle Anfragen an den Fund prüft. Dies führt unserer Meinung zu einer geringeren Entfremdung des Funds gegenüber dem anonymen Spenden von Geld bei einem bestimmten Anlass und dem Verlassen darauf, dass einige andere Personen die Entscheidung treffen, wohin dieses Geld fließt.

Die meisten der heutigen solidarischen Crowdfunding-Maßnahmen können als "wohltätig" bezeichnet werden, bei denen Menschen einen Cocktail oder eine Konzertkarte kaufen und dann vergessen, worum es eigentlich geht. Benefizveranstaltungen sind ein bedeutender und unverzichtbarer Beitrag zu Solidaritätsfonds (einschließlich unseres), aber sie schaffen die Situation, dass wir Massen von Gefährt*innen nutzen, um Geld durch Konsum oder Unterhaltung zu ernten, während sie das Geld auch ohne den Kauf eines weiteren T-Shirts oder Getränks für die Solidaritätsarbeit hätten verwenden können. Für dieses Problem gibt es im Moment keine Lösung, aber wir bieten etwas mehr als das. Die direkte Beteiligung und Kontrolle darüber, wohin das Geld fließt, könnte ein Gefühl der Beteiligung an persönlichen Fällen von Repressionen und sogar an der weiteren Solidaritätsarbeit erzeugen.

Die Teilnahme ist jedoch nicht verpflichtend, jeder kann sich jederzeit von der Liste abmelden. Relevant ist hier auch die Tatsache, dass das Kollektiv hinter dem A-Fund das Geld nicht kontrolliert. Demnach kann es nicht passieren, dass eine Person keine Unterstützung bekommt, nur weil jemand aus dem Kollektiv diese Person nicht mag. Sicherlich ist es für die Person aus dem Kollektiv möglich, dem Rest der Entscheidungscrew die Vorbehalte mitzuteilen und zu besprechen, aber es wird nur eine Stimme von vielen sein.

Wir neigen dazu zu vergessen, dass die Repression weiter reicht, als bis zu direkt betroffenen Menschen, die im Gefängnis landen. Oftmals ignorieren wir diejenigen, die "einfache Geldstrafen" erhalten, von der Polizei nochmal wegkommen, aber am Ende angeschlagen sind, diejenigen, die Angehörige von direkt Unterdrückten sind, die nach "Interaktionen" mit staatlicher Repression gesundheitliche oder psychische Probleme haben, und nicht von Menschen auf der Flucht zu sprechen, die jahrelang oder das ganze Leben lang im Untergrund bleiben müssen. Letztere können nicht einfach öffentlich über ihre Situation berichten, damit andere aufgefordert werden, ihnen Geld dorthin zu schicken, wo sie sich verstecken, und ihre Gefährt*innen, die helfen möchten, können dies auch nicht, um nicht zu zeigen, dass sie den Aufenthaltsort des*der gesuchten Gefährt*in kennen.

Bleiben wir ehrlich!
Der A-Fund ist für Anarchist*innen und anarchistische Sympathisant*innen, die auf welcher Art auch immer Probleme im Zusammenhang mit Repressionen haben. Im Gegensatz zu den meisten Solidaritätsgruppen sind wir bei unseren Ausgaben völlig transparent – auf unserer Website finden sich Berichte über sämtliche unserer Transaktionen. Gleichzeitig stehen den Entscheidungsträger*innen aus Sicherheitsgründen die Informationen über die aktuelle Höhe des Funds zur Verfügung. Auch können wir auf Wunsch des*der Antragsteller*in die Transaktion an diese*n geheim oder anonym halten.

Eine letzte Bemerkung ist der Missbrauch der Solidarität. Im Zeitalter der technischen Globalisierung kann leider jeder eine Webseite einrichten, ein paar nette Worte über das nicht existente anarchistische Kollektiv schreiben und um Geld bitten. Der letzte beachtliche Fall war die Aktivität eines Tobi aus Indonesien, der von Crowdfunding besessen war und viel Geld, das für lokale Gruppen und verfolgte Aktivist*innen gesammelt wurde, für persönliche Dinge verwendete. ABC Indonesien hat seine Handlungen in einer Erklärung öffentlich verurteilt. In diesem Sinne verstehen wir, dass eine neue Struktur wie die Unsere Misstrauen hervorrufen kann, insbesondere wenn das Kollektiv – wie in unserem Fall – anonym ist. Wir versuchen, dies mit den Berichten über jeden von uns unterstützten Fall zu bekämpfen und stellen eine Liste von Bürg*innen der anarchistischen Gemeinschaft zur Verfügung, die uns unterstützen.

Das größte Dilemma, das wir in diesem ersten Jahr hatten, war die Debatte über symbolische und grundlegende Unterstützung. Da wir jeweils nur 10 % der aktuellen Summe im Fund für einen positiven Antrag bereitstellen und die Gesamtmenge von der Anzahl der erhaltenen Spenden abhängt, waren unsere ersten Unterstützungsbeträge hauptsächlich symbolisch. Wir möchten, dass der A-Fund eine wichtige Hilfe darstellt, die den*die Antragsteller*in oder die Solidargemeinschaft von der notwendigen Mittelbeschaffung zumindest für einige Zeit befreit. In diesem Sinne versuchen wir, Menschen zu ermutigen, sich dem Fund anzuschließen.

Im Moment brauchen wir Freiwillige, die helfen, unser Projekt in ihrer Umgebung bekannt zu machen. Wir möchten eine Liste von anarchistischen Gruppen, anarchistischen Zeitschriften, Webseiten und Räumen zusammenstellen, die wir ansprechen können, und um die Verteilung unserer Flyer, dem Platzieren unseres Banners auf ihren Webseiten oder einer Anzeige in ihrem Magazin oder Zeitschrift, etc. bitten. Wir sind auf der Suche nach Menschen, die uns helfen können eine solche Datenbank für ihre Region oder Stadt zu erstellen. Einzelne Menschen und Kollektive sind ebenfalls eingeladen, zu spenden und sich unserer Entscheidungsgruppe anzuschließen, Soliveranstaltungen zu organisieren, Spendenboxen zu installieren und so weiter. Wenn ihr eine Präsentation über den A-Fund in eurer Stadt machen möchtet, ist das auch fantastisch!

Bitte verweist Menschen auf den A-Fund, wenn sie von Repression betroffen oder bedroht sind.

Wenn ihr weitere Ideen habt, Informationen über den A-Fund zu verbreiten oder Spenden zu gewinnen, kannst du uns gerne an a-fund@riseup.net. schreiben.

Gemeinsam werden wir den Kampf gewinnen.

[Italien] Andreas Krebs im Hungerstreik – Solidarität! – Spendenaufruf!

quelle: de.indymedia.org

Andreas Krebs ist ein Langzeitgefangener der über 18 Jahre seines Lebens hinter Gittern verbracht hat. In dieser Zeit stellte er sich aktiv gegen Rassismus, Homophobie und Ausbeutung im Knast. Er beteiligte sich an einem Solidaritätshungerstreik für kämpfende Gefangene in Griechenland. Er unternahm zwei Ausbruchsversuche und macht in unzähligen veröffentlichten Briefen auf das Leid, welches das Knastsystem zum Vorschein bringt, aufmerksam.

Andreas befindet sich momentan im Knast in Neapel und in einer sehr schlechten gesundheitlichen Verfassung. Während bei ihm beide Nieren ausbluten wird er 23 Stunden 40 Minuten jeden Tag auf 6m² eingesperrt. Die notwendige medizinische Behandlung wird ihm schon seit März 2018, als er noch in Deutschland gefangen gehalten wurde, verweigert. Im Moment ist Andreas nicht in der Lage sich ohne Gehhilfe von A nach B zu bewegen, hat Blut im Urin, Wasseransammlungen im ganzen Körper – er befindet sich in einer lebensbedrohlichen Situation. Die Gefängnisärtzin sagte ihm bei einer der wenigen Untersuchungen die stattfanden, dass er dringend in ein Krankenhaus müsse, doch auch das Gefängnis in Neapel verweigert dies. Dazu kommt, dass Andreas aufgrund seiner politischen Betätigung Besuch im Gefängnis verwehrt wird und ihm das Geld, welches ihm gespendet wurde, vom Knast unterschlagen wird. Aufgrund dieser unerträglichen Situation hat sich Andreas am 2. Februar 2019 dazu entschlossen in den Hungerstreik zu treten. Seine Forderungen: Sofortige medizinische Versorgung und Besuche durch Familienangehörige.

Am Montag, den 18. Februar demonstrierten in Berlin vor der italienischen Botschaft knapp 30 Menschen ihre Solidarität mit Andreas Krebs. Die Lebensgefährtin von Andreas berichtete vor der Botschaft, ebenso wie die Soligruppe der Gefangenengewerkschaft (GG/BO).

Mittlerweile ist Andreas in einem Krankenhaus weiter untersucht worden und Ärzt*innen sowie der Knast versichern, dass die dringend notwendige medizinische Versorgung schnellstmöglich durchgeführt wird. Andreas kann auch wieder auf das ihm zustehende Geld zugreifen und befindet sich aktuell nicht mehr im Hungerstreik.

Spendenaufruf für Andreas' Verfahren
Andreas grüsst alle, die ihn kennen und unterstützen und bedankt sich sehr für die gelebte Solidarität. Leider hat Andreas vom Anwalt erfahren, dass er um die 1000 Euro, für eine_n vom Gericht zugelassenen Videoanalytiker_in braucht, um ihn zu entlasten. Der Anwalt betonte mehrmals, dass dies wichtig für Andreas sei. Wir freuen uns daher über jede noch so kleine (natürlich auch große) Spende. Auch Andreas Frau, welche im Kontakt mit dem Anwalt steht, bedankt sich schon mal für jede Spende und alle die sich solidarisch zeigen.

Spendenkonto:
Empfänger: Krebs
IBAN: DE 90 1005 0000 1067 1474 26
BIC: BELADE BEXXX
Verwendungszweck: Spende/Andreas Krebs

Schreibt ihm:
Andreas Krebs
Sez. 1 Stz.1
Sez. Mediterraneo (CASA CIRCONDARIALE SECONDIGLIANO)
Via Roma Verso Scampia, 250,
Cap 80144 Napoli (NA),
Italy

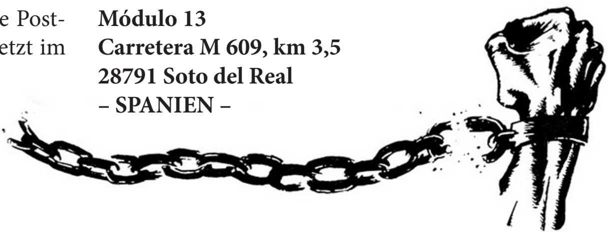
[Spanien] Lisa ist im Normalvollzug

quelle: panopticon.blogsport.eu

Nachdem Lisa am 21.12.2018 von Willich nach Madrid ausgeliefert wurde und sich in Isolationshaft befunden hat, haben wir vor einigen Tagen einen Brief von Ihr erhalten, wo Sie uns mitteilt, dass Ihre Postkontrolle endlich aufgehoben wurde und Sie jetzt im Normalvollzug in Madrid ist.
Ihr geht es gut und ist stark.

Schreibt Ihr weiterhin!

Lisa Dorfer
Módulo 13
Carretera M 609, km 3,5
28791 Soto del Real
– SPANIEN –



[Deutschland] Berlin: Nicht's ist vorbei – Update: Prozess gegen Balu

quelle: de.indymedia.org

Am 13. Februar fand vor dem Landgericht Berlin der erste Termin der Berufungsverhandlung gegen Balu statt, der nach der Demo vom 9. Juli 2016 für die Rigaer 94, u.a. wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, zu 1 Jahr und 7 Monaten auf Bewährung verurteilt wurde.

Wieder einmal fand der Prozess unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen statt und auch der Verfolgungseifer der Schweine lässt 2,5 Jahre nach der Demo nicht nach.

Wo letztes Mal nur die Tabo's eigens recherchierte Skizzen ausdruckten und mitbrachten, glänzten am ersten Tag die Schweine Norman Paff und Robin Schlegel, die jeweils einen neuen Ausdruck von Google Maps mitbrachten, um genauer am Geschehen zu sein und noch präziser aussagen zu können.Mit ihren zuvor herausgekramten eigenen Skizzen von 2016 hingegen behaupteten sie überhaupt nichts mehr anfangen zu können. Selbst grundlegende Abläufe konnten sie nur mithilfe der Satelitenbilder nachvollziehen.Schlegel berichtete dann noch von seiner schweren Verletzung (einem blauen Fleck) und auch davon, dass er in einem anderen Einsatz schon einmal am Knie verletzt wurde.

Viel wichtiger als ihre phantastischen Aussagen war diesmal aber das Verhalten der Justizschweine, die immer wieder negativ auffielen: Zuerst prägten sie sich ganz offensichtlich die kopierten Ausweise der Zuschauer*Innen ein, danach kommentierten sie den Prozessverlauf, bevor sie später aktiv eingriffen.

So war aufgefallen, dass sich Zivilschweine zusammen mit den Bullenzeugen in einem Raum aufhielten und, dass diese sich wie schon in der Hauptverhandlung sogar während und nicht nur vor dem Prozess weiter absprechen. Die Verhandlung wurde unterbrochen, um diesem Verdacht nachzugehen, als die Justizschweine allen Anwesenden – auch Anwält*Innen – den Zugang zu besagtem Raum verweigerten. Der Richter stellte nach mehreren Minuten lautstarker Auseinandersetzung mit dem Justizschwein Ronny und den Anwält*Innen fest, dass seine „Autorität auf den Gerichtssaal beschränkt" sei und er nicht in den Hausbetrieb eingreifen könne.Von den Justizschweinen wurde dann bestätigt, dass im ominösen Raum mehr Personen als die geladenen Bullenzeugen seien, es aber unwichtig wäre wer denn nun genau vor Ort sei.

Ganz wie in der Hauptverhandlung und auch in der Tradition der aktuelleren Prozesse im Umfeld der Rigaer 94 geht es viel weniger um Tatvorwürfe, als eine Machtdemonstration staatlicher Repressionsbehörden, die sich alles erlauben und scheinbar immer wieder damit durchkommen. Gerichtsprozesse werden durch die Spielchen von LKA, Zivilbeamten und anderen Schweinen als das entlarvt was sie sind: nützliche Waffen des herrschenden Systems.

Nach dem Brückentermin am Mittwoch den 27. Februar wird es am Freitag den 1. März spannend, wenn die Taboschweine mit neuen, noch spannenderen Geschichten überraschen werden. Die Verhandlung findet ab 9:00 Uhr am Landgericht, aber im Sicherheitssaal in der Wilsnacker Straße 4 statt. Wie immer werden die Ausweise der Zuschauer*Innen kopiert und alle kontrolliert. Solidarische Menschen sind trotzdem eingeladen vorbeizukommen!

In eigener Sache & Termine:
Die Gefangenenliste gibt es jetzt auch als fertig formatiertes monatlich aktualisiertes PDF.

Sa 16.03. Schwarzes Radieschen Soli-Party:
Knast, Strafe und warum wir gegen alle Formen der Einsperrung sind & Vorstellung des Anarchist Defence Fund @Sub(Graz) | 15:15 Uh [mehr Infos]

28.03. ABC Schreibwerkstatt

Sa 30.03. United We Stand Soli-Party: Geschichte des ABC & Vorstellung des Anarchist Defence Fund & Briefe Schreiben @AJZ Between(Bregenz) | 15:00 Uhr [mehr Infos]

25. - 27.04. Anarchist Black Cross Solidarity Festival #7 Vorträge & Diskussionen, Bands, Party, Soli-Tattoos, Veganes Essen,...
infos unter: *abcfestvienna.noblogs.org/*

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/

[Italien] Über die Repression gegen Anarchist*innen in Italien

quelle: actforfree.nostate.net, übersetzung abc wien



Italien hat bedauerlicherweise eine lange Geschichte repressiver Operationen gegen Anarchist*innen. Seit der Operation Marini in den 90er Jahren gab es unzählige Wellen der Repression gegen Gefährt*innen, die viele Menschen unter dem Vorwurf des Terrorismus oder der kriminellen Vereinigung inhaftiert haben.
Um nur einige der größten repressiven Operationen zu nennen: Cervantes, Croce Nera, Ardire, Mangiafuoco, Thor, Ixodidae, Nottetempo, Fuoriluogo… Diese Operationen führen in der Regel zu mehrfachen Hausdurchsuchungen in ganz Italien und zur Verhaftung mehrerer Gefährt*innen, die dann 1 oder 2 Jahre in Untersuchungshaft verbringen müssen. Anschließend werden sie mit Anklagen wegen " Vereinigung " vor Gericht gestellt, und in der Regel auch mehrerer direkter Aktionen beschuldigt, für die die Untersuchungsbeamten nie eine*n Verantwortliche*n gefunden haben. Ab einem gewissen Punkt ist das öffentliche Engagement dieser Gefährt*innen im anarchistischen Kampf und ihr offener Ausdruck anarchistischer Ideen (Unterstützung von direkten Aktionen, Solidarität mit Gefangenen, Betrieb einer anarchistischen Zeitschrift oder Website usw.) der einzige Beweis, den die Staatsanwält*innen vor Gericht bringen. Aus diesem Grund werden in den meisten Fällen alle Angeklagten im späteren Prozessverlauf freigesprochen, aber erst nachdem sie viele Monate oder Jahre im Gefängnis verbringen mussten.

Neben diesen riesigen Operationen gibt es eine ständige Unterdrückung lokaler anarchistischer Gruppen, die in ihrer Umgebugn besondersaktic xins, z.B. bei Kämpfen gegen polizeiliche Repressionen, Vertreibungen, Haftanstalten für Migranten, Gefängnisse, Gentrifizierung, Unternehmensinteressen…. In diesen Fällen werden Anarchist*innen mit ständig wiederkehrenden Prozessen unterdrückt und sie verbringen einen Großteil ihrer Zeit im Gefängnis, Hausarrest oder mit anderen Einschränkungen ihrer Freiheit. Diese Art von Polizeistrategie, Gefährt*innen mit dem Ziel der Zerstörung der lokalen anarchistischen Gruppe auszurotten, findet in vielen Städten Anwendung, ist aber seit vielen Jahren in Turin besonders stark.

Da es unmöglich ist, über alle stattfindenden Prozesse und Repressionen zu berichten, konzentrieren wir uns mit diesem Text auf drei wichtige Repressionsfälle, für die so viele unserer Gefährt*innen derzeit inhaftiert sind: die Operation Scripta Manent, die Operation Panico in Florenz und die jüngste Operation Scintilla in Turin.

OPERATION SCRIPTA MANENT
Operation Scripta Manent begann im September 2016 mit einer Reihe von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in ganz Italien. 32 Gefährt*innen wurden der terroristischen Vereinigung und einiger spezifischer direkter Aktionen beschuldigt; sieben von ihnen wurden ins Gefängnis gebracht.

Die Untersuchung bezieht sich auf eine Reihe von Angriffen, für die sich FAI und FAI/FRI bekannten und die zwischen 2003 und 2012 gegen Streitkräfte (Polizeiofficer, Carabinieri-Kasernen, Carabinieri-Ausbildungszentren und RIS), Staatsmänner und –frauen (Bürgermeister*innen, Innenminister*innen), Journalist*innen, Unternehmen, die an der Instandhaltung von Migrantengefängnissen beteiligt sind, und gegen den Direktor eines Migrantengefängnisses verübt wurden. Die Verwundung des Ingenieurs Adinolfi, Exekutivdirektor von Ansaldo Nucleare, ist ebenfalls Teil der Untersuchung – ein Ereignis, das bereits in einem anderen Prozess verhandelt wurde und zu dem sich Olga Nucleus FAI/FRI, nämlich Nicola und Alfredo, bekannten, die seit 2012 im Gefängnis sitzen (sie werden in diesem Prozess auch angeklagt).

Auf verschiedenen Ebenen gibt es auch die Anklage der Gründung und Beteiligung an einer subversiven Vereinigung (Artikel 270bis), Anklagen im Zusammenhang mit bestimmten Verbrechen (Artikel 280) und Anklagen wegen Anstiftung zur Begehung und zur Verteidigung von Verbrechen (Artikel 414) aufgrund von Artikeln, Websites, Blogs und anarchistischen redaktionellen Projekten – unter anderem eine Anarchist Black Cross Gruppe zur Gefangenenunterstützung.

Nach mehr als zwei Jahren befinden sich sechs der Angeklagten noch immer im Gefängnis in Untersuchungshaft, während eine*r unter Hausarrest steht. Aufgrund der terroristischen Anschuldigung werden sie in speziellen Hochsicherheitstrakten innerhalb der Gefängnisse festgehalten, wo sie vom Rest der Gefangenen isoliert sind, und viele Einschränkungen bei ihrer Post und ihren Besuchen erleiden.

Der Prozess Scripta Manent, der im Juni 2017 begann, betrifft die 40-jährige Geschichte der anarchistischen Bewegung. Der Dreh- und Angelpunkt des anklagenden Theorems dieser Untersuchung basiert auf der Unterscheidung zwischen "guten" und "schlechten" Anarchist*innen und der durch die Repressionsbehörden instrumentalisierten Auslegung der Debatte innerhalb der anarchistischen Bewegung. Der Prozess zeichnete sich durch die Verwendung der Debatten innerhalb der anarchistischen Bewegung in einem inszenierten Spiel von Interpretationen und Differenzierungen aus, das die zuständige Staatsanwaltschaft gegen die Anarchist*innen selbst zu verwenden versuchte, um unsere Gefährt*innen zu verurteilen und die letzten zwanzig Jahre der Geschichte des Anarchismus und der anarchistischen Solidarität vor Gericht zu stellen. Tatsächlich werden alle Solidaritätsbekundungen, die auf Webseiten, Flugblättern, Zeitschriften und Postern zum Ausdruck kommen, weiterhin in die Gerichtsunterlagen aufgenommen.
Der erste Teil des Prozesses soll in den ersten Monaten des Jahres 2019 mit dem Urteil in erster Instanz enden.

OPERATION PANICO (FIRENZE)
Am 1. Januar 2017 explodierte vor einer faschistischen Buchhandlung in Florenz eine selbst gebaute Bombe, bei der ein Polizist der Bombenräumeinheit eine Hand und ein Auge verlor.
Sofort wurden mehrere Häuser anarchistischer Gefährt*innen in der Stadt durchsucht. Die Polizei hoffte, Schusswaffen und/oder Sprengstoff zu finden. Eine Untersuchung gegen Unbekannt wurde eingeleitet, mit der Absicht jemanden wegen der Straftaten "Herstellung, Besitz und Transport eines Spreng- oder Brandsatzes zu einem öffentlichen Ort" und "versuchtem Mord" anzuklagen.
Gleichzeitig begann die Polizei Ende Januar mit einer separaten Operation namens "Operazione Panico" (Operation Panik). Mehrere anarchistische Häuser wurden durchsucht und einige Gefährt*innen verhaftet. 35 Personen waren im direkten Fokus, verdächtigt wegen einer Reihe von umstrittenen Ereignissen, die sich 2016 in der Stadt ereigneten. Sie wurden wegen der Straftat der "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" angeklagt. Zu diesen Ereignissen gehören ein Angriff mit Knüppeln und Steinen auf die faschistische Buchhandlung, eine Explosion in derselben Buchhandlung und die Verteilung antimilitaristischer Flugblätter auf einem lokalen Markt. Die Operation führte auch zur Räumung der Villa Panico, einer der historischen Besetzungen Florenz', die die letzten 10 Jahre besetzt war.

Am 3. August kam es zu einer gemeinsamen landesweiten Operation zwischen den DIGOS (der polizeilichen Spezialeinheit), der ROS (der Spezialeinheit der Carabinieri) und der Terrorismusbekämpfungspolizei, die in 8 weiteren Verhaftungen endete: 6 in Florenz, 1 in Rom und 1 in Lecce. Fünf Gefährt*innen wurden wegen versuchten Mordes aufgrund der Bombenanschlägen an Silvester angeklagt, die anderen wegen "Herstellung, Besitz und Transport eines Spreng- oder Brandsatzes zu einem öffentlichen Ort". Die zweite Anklage bezieht sich auf einen Molotow-Angriff auf eine Carabinieri-Kaserne.

Am 5. August wurden 6 verhaftete Personen mangels Beweisen freigelassen. Ein Gefährte, Ghespe, ist noch immer im Gefängnis, da die Behörden behaupten, Spuren seiner DNA an Komponenten gefunden zu haben, die zum Bau der Bombe verwendet wurden. Ein weiterer Gefährte, Paska, der mangels Beweisen für die Ereignisse vom Silvesterabend hätte freigelassen werden sollen, wird immer noch wegen angeblicher "Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation" festgehalten, die auf Beweisen beruht, die während der Operation Panico gesammelt wurden. Ein dritter Gefährte, Giova, wurde später verhaftet und befindet sich immer noch im Gefängnis. Die Untersuchung gegen unbekannte Personen wurde daher in die Operation Panico integriert.
Der Prozess für die Operation Panico begann im Sommer 2017 und dauert noch an. Das Urteil erster Instanz soll bald, zwischen März und April 2019, gefällt werden.

OPERATION SCINTILLA (TORINO)
Am Donnerstag, den 7. Februar 2019, früh am Morgen, stürmten Hunderte von Polizist*innen mit Hilfe der Feuerwehr das Asilo, eine anarchistische Besetzung in Turin, die seit 1995 besteht und sich sehr aktiv für die Organisation von sozialen Kämpfen einsetzte (gegen Vertreibungen, gegen Gefängnisse für Migrant*innen, noch vor einigen Jahren gegen den TAV….). Die Menschen kletterten auf das Dach, wo sie sich über 24 Stunden lang wehrten. Am Ende schafften es die Polizist*innen, alle rauszuholen, das Gebäude zu räumen und zu zerstören.
Neben der Räumung bestand das Ziel dieser repressiven Operation darin, einige Personen zu verhaften, die sie der terroristischen Vereinigung beschuldigen. Den 6 verhafteten Gefährt*innen (eine siebte Person ist auf der Flucht) werden 21 Angriffe auf Unternehmen und Institutionen (darunter die französische Botschaft und mehrere Postämter) im Zusammenhang mit der Inhaftierung und Ausweisung von Migrant*innen vorgeworfen.
In den folgenden Tagen fanden mehrere Solidaritätsversammlungen in der Nachbarschaft statt, die sich in wilde Demonstrationen verwandelten. Bei der ersten dieser Demonstrationen wurden zwei Gefährt*innen verhaftet. Zwei Tage später durchquerte ein großer Demonstrationszug mit mehr als 1.000 Menschen das Zentrum Turins, zerstörte einige unternehmerische und städtische Ziele und kämpfte mit der Polizei. Vier Menschen wurden verletzt, einer von ihnen durch ein Polizeifahrzeug schwer. Leider wurden am Ende dieser Demonstration weitere 8 Gefährt*innen verhaftet, von der Polizei geschlagen und wegen "devastazione e saccheggio" (Zerstörung und Plünderung) angeklagt, was mit bis zu 15 Jahre Gefängnis geahndet wird. Am folgenden Tag fand, wie fast jeden Tag, eine Solidaritätsdemonstration vor dem Gefängnis von Turin statt, in dem die Gefährt*innen inhaftiert sind. Einige Feuerwerkskörper wurden gezündet und erreichten das Innere des Gefängnisses. Es kam zur Explosion einiger Gastanks, wodurch ein Teil des Gefängnisses einstürzte und vollständig zerstört wurde (keiner wurde verletzt). Manchmal ist "Feuer den Knästen" nicht nur ein Slogan!

Am 13. Februar kamen alle Gefährt*innen, die während des Demonstrationszuges und früherer Demonstrationen verhaftet wurden, frei und die schwerwiegendsten Anklagen gegen sie wurden fallen gelassen – sie sind zwar jetzt frei, müssen sich aber jeden Tag auf der Polizeistation melden. Die anderen wegen Terrorismus verhafteten Gefährt*innen bleiben im Gefängnis, die männlichen Gefährten wurden bereits in ein Hochsicherheitsgefängnis verlegt.

[Russland] Moskau: Erneute Repressionen gegen Anarchist*innen

quelle: afund.antirep.net, übersetzung abc wien

Seit dem Morgen des 1. Februar durchsuchte die FSB Wohnungen von Anarchist*innen in Moskau. Sie suchten und fragten vor allem nach einem Gefährten namens Azat Miftakhov, der heute ebenfalls inhaftiert wurde. Cops behaupten, er habe in seinem Studentenwohnheim Sprengstoff produziert, und angeblich fanden sie bei einer Durchsuchung am 17. Januar einige Spuren davon. Die Boulevardpresse hat bereits erklärt, er habe sich schuldig bekannt und ein gefälschtes Polizeidokument verbreitet, das dies bestätigen soll.
Zur gleichen Zeit wurden alle anderen Anarchist*innen zu ihm und der anarchistischen Gruppe Narodnaja Samooborona befragt. Alle außer Azat sind inzwischen freigelassen worden, und einige gaben an, sie seien gefoltert worden. Nach Angaben von Gefährt*innen von Azat hat er sich nicht schuldig bekannt (Stand bis 17 Uhr) und versucht, seine Arme zu schneiden, um Folterungen zu vermeiden und in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden. Er wurde jedoch nicht ins Krankenhaus gebracht und Anwält*innen wird es verweigert, ihn auf der Polizeiwache zu besuchen.

UPD1: Die Polizist*innen leugnen, dass sie Miftakhov festgenommen haben, als sie nach seinem Aufenthaltsort gefragt wurden, während die freigelassenen Festgenommenen bestätigen, dass er bei der Polizei war. Anwält*innen sahen einen Haufen Polizist*innen, die einen Gefangenen zu einem Auto brachten, der Miftakhov sehr ähnelte. Als sie sich näherten, weigerten sich die Polizist*innen, den Namen des Verhafteten zu nennen und fuhren sehr schnell davon. Wahrscheinlich wollen sie den Anarchisten an einen sichereren Ort für Folterungen bringen. Wir werden die Situation verfolgen.

UPD2: Am 2. Februar konnten die Anwält*innen Azat den ganzen Tag über weder in Untersuchungshaft noch vor Gericht ausfindig machen. Erst um 22.00 Uhr rief eine Ermittlerin die Anwältin an und sagte, dass Miftakhov in der Untersuchungshaftanstalt Balashikha festgehalten wird und lud sie ein, an einigen Ermittlungsaktivitäten teilzunehmen, die am 3. Februar, 10.00 Uhr Moskauer Zeit stattfinden sollten. Sie sagte auch, dass die Zeit der Festnahme der 2. Februar 19 Uhr wäre, obwohl selbst die staatlichen Fernsehsender die Verhaftung am Morgen des 01. Februar bekannt gegeben hatten, was zwei Dinge bedeuten kann – entweder sie haben Azat gebrochen und er wird sich morgen schuldig bekennen, oder sie haben es nicht geschafft und aufgegeben und versuchen nun eine "legale" Befragung durchzuführen.

UPD3: Am 3. Februar besuchte die Anwältin Miftakhov in Untersuchungshaft und erklärte, der Häftling habe Schläge und Folterungen mit einer Bormaschine erhalten. Er versuchte tatsächlich, sich selbst zu schneiden und täuschte vor, viele Tabletten genommen zu haben, um nicht gefoltert zu werden. Er sagte, er habe sich nicht für eines der Verbrechen, die sie ihm anhängen wollen, schuldig bekannt. Es stellte sich heraus, dass die Polizei ihn seit zwei Wochen heimlich überwachte, bevor sie ihn inhaftierte und Razzien in Wohnungen und an Orten durchführte, an denen er angeblich einige Nächte verbracht hatte. Einer der am 1. Februar inhaftierten Personen berichtete von Folterungen mit einer Betäubungswaffe, wodurch er gezwungen wurde, Miftakhov in einer Sache zu belasten, die er nicht getan hatte. Er war auch gezwungen, ein Dokument über die Zusammenarbeit mit dem FSB zu unterzeichnen. Am nächsten Tag veröffentlichte er dies. Azat Miftalhov ist derzeit nicht angeklagt, bleibt aber im Falle der Herstellung und des Besitzes von Sprengstoffen verdächtig. Azat ist Doktorand in einer mathematischen Fakultät. Heute haben eine Reihe von Professor*innen und Student*innen einen gemeinsamen Brief veröffentlicht, in dem sie fordern, die Verfolgung von Azat einzustellen.

Quelle: the russian reader (02.02.19), übersetzung abc wien

Moskau: Anarchist Azat Miftakhov: Inhaftiert, gefoltert und verschwunden

Seit eineinhalb Tage lang konnten die Anwält*innen Azat Miftakhov, einen Anarchisten und Absolventen der Moskauer Staatlichen Universität, der gestern inhaftiert wurde, nicht kontaktieren. Gestern Abend wurde Miftakhov von der Polizeistation Balaschicha abgeholt, als ein Verteidiger zusah und zu einem unbekannten Ort gebracht. Miftakhov war verletzt und von acht Polizisten umgeben. Es ist vierundzwanzig Stunden her, seit er das letzte Mal gesehen wurde. Niemand kennt seinen Aufenthaltsort, seinen Zustand und die Anklage gegen ihn.
Im Gegenzug haben Ren TV und Rossiya 24 Fotos und Videos von der Suche und dem Verhör von Miftachow gesendet. In einem davon verspottet ein Ermittler Miftakhov, der mit Handschellen gefesselt ist, als er sagt, er habe Angst davor, gefoltert zu werden. Die Offiziere des Zentrums "E" nehmen ein Selfie mit ihrem Gefangenen auf. (Ich konnte kein anderes Foto finden, deshalb ist es diesem Beitrag beigefügt)
Die Leute, die zusammen mit Miftakhov festgehalten und gestern freigelassen wurden, berichten, dass sie geschlagen und mit Stromschlägen gefoltert wurden. Die Folter war so schlimm, dass Miftakhov gestern "nicht wie ein Mensch aussah". Er versuchte, sich die Handgelenke zu verletzen, um nicht wieder gefoltert zu werden. Heute hörte Anwältin Svetlana Sidorkina einen Ermittler vor Gericht mit jemandem darüber sprechen.
Die Behörden haben Miftakhov heute nicht vor Gericht zu seiner eigenen Haftanhörung gebracht.

Wie vor einem Jahr in Petersburg findet die Folter praktisch am helllichten Tag statt, doch wir wissen nicht, was wir tun sollen. Gestern, als ich eine Nachricht über die Moskauer Polizeimeldestelle hinterließ, lachte mich die Bedienstete fast aus. So wie Putin vor kurzem [auf einer Sitzung des Rates für Zivilgesellschaft und Menschenrechte] behauptete, FSB-Offiziere würden Menschen in Fahrzeugen nicht foltern, zweifelte sie an dem, was ich sagte. "Er wird also in einem Gebäude des Innenministeriums gefoltert? Gerade jetzt in diesem Moment? Verschon mich damit", sagte sie zu mir.
Eine Vermisstenanzeige zu Miftakhov wurde eingereicht, und Anwält*innen versuchen seit gestern, Kontakt zu ihm zu bekommen. Aber was soll das bringen?
Ich hoffe, diese Hölle endet für ihn so schnell wie möglich.

[SCHWEIZ] EIN GEFÄHRTE DES FERMENTO VERHAFTET (Update)

Update: 3 Monate U-Haft
Unserem Gefährten wurde nun 3 Monate Untersuchungshaft verhängt, mit der Begründung: Flucht- und Kollusionsgefahr. Er sitzt nun im Bezirksgefängnis Zürich BGZ. Fluchtgefahr wird unter anderem damit begründet, dass ein anderer Gefährte für die Geschichte mit dem Funkturm Waidberg nach wie vor gesucht wird.
Die Verhängung von 3 Monaten U-Haft ist in der Schweiz die höchste Beantragungseinheit, alle drei Monate muss die U-Haft laut Gesetz ein weiteres Mal von einem Haftrichter bestätigt werden.
Für die Gefährten, welche nicht mit dem schweizerischen U-Haft-Regime vertraut sind: in der Schweiz ist es gang und gäbe, dass die U-Haft ziemlich lange, teils Jahre, dauert. Es ist gut möglich, dass sie den Gefährten bis zu einem eventuellen Prozess drinbehalten wollen.
Wenn ihr dem verhafteten Gefährten schreiben wollt, wendet euch doch direkt, per Email oder postalisch an die anarchistische Bibliothek 'Fermento'. Briefe, in welchen es um seinen Fall geht, werden allerdings von der Staatsanwalt zurückgehalten und vom Gefängnis nicht ausgehändigt werden. Ausserdem werden Bücher und umfangreiche Schriften kaum bewilligt.

Eure Anarchistische Bibliothek Fermento
Zweierstrasse 42 | 8005 Zürich | Schweiz
bibliothek-fermento@riseup.net

[Belarus] Übersicht über Repressionen gegen Anarchist*innen und Antifaschist*innen in Belarus im Jahr 2018

quelle: abc-belarus.org, übersetzung abc wien

Anfang des Jahres war der Schock über den "Network-Fall" in Russland, in dem Anarchist*innen gefoltert und inhaftiert wurden, groß. Nach Angaben des FSB wurde eine Gruppe des "Networks" auch in Belarus betrieben. Der KGB reagierte zwar nicht öffentlich auf diese Aussage, aber wir bemerkten verstärkte Bemühungen, Jugendliche zu rekrutieren, die mit der anarchistischen Bewegung in verschiedenen Teilen von Belarus in Verbindung stehen.

Winter

Anfang Februar 2018 begann der KGB mit der Untersuchung der regionalen Bildungsorganisation „Critical Thinking". Einer der Freiwilligen der Organisation wurde zu einem informellen Gespräch per Telefon gerufen – zuvor war er zusammen mit dem russischen Anarchisten Piotr Ryabov festgenommen und wegen "öffentlicher Zurschaustellung von Nazi-Symbolen" [1] zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Außerdem wurde seine Festplatte beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde seine Mutter zu einem informellen Gespräch geladen. Mehrere Freund*innen dieses Freiwilligen wurden von der Polizei abgeholt, verhört und später freigelassen. Die Polizei war an der Tätigkeit des Critical Thinking interessiert und versuchte, Menschen zum Unterschreiben von Kooperationspapiere zu zwingen [2].

Am 8. Februar besuchte die antiextremistische Polizei in Mogilev die Eltern einer Aktivistin. Sie fragten nach der Tätigkeit ihres Kindes, ihren politischen Interessen etc. Grundlage der Durchsuchung der Wohnung war ein Haftbefehl, der im Rahmen eines im Jahr 2017 eingeleiteten Strafverfahrens ausgestellt wurde, da rote Farbe auf einer Statue Lenins in der Stadt verteilt wurde. Eine weitere Razzia fand in einer weiteren Wohnung der Eltern eine*r anderen Aktivist*in statt. Diese*r Aktivist*in galt als Zeug*in im gleichen Strafverfahren [3].

Die Anarchisten Kirill A. und Igor M. wurden zu 3 Jahren Freiheitsbeschränkung verurteilt, weil sie eine Plakatwand mit Polizeiwerbung abgebrannt hatten. Eine dritte Person in dem Fall ist noch auf der Flucht.

Im Februar besuchte die Polizei auch Aktivist*innen, die 2017 bei Protesten gegen das Gesetz über Sozialparasiten [Anm. ABC Wien: Steuer auf Arbeitslosigkeit] inhaftiert wurden. Beamt*innen kamen zu den Meldeadressen und stellten Fragen über die aktuellen Aktivitäten von Menschen. Einige wurden darüber informiert, dass die Untersuchung im Rahmen eines am 15. März 2017 begonnenen Strafverfahrens durchgeführt wurde [4].

Am 23. Februar 2018 entführten zwei Polizist*innen aus Brest einen Punk in Stolin, brachten ihn in den Wald und drängten ihn, Informationen über lokale Anarchist*innen zu verraten. Irgendwann fragten sie ihn nach seinem letzten Wunsch und richteten eine Waffe auf seinen Rücken. Kurz darauf boten sie der Person Geld für Informationen über lokale Anarchist*innen an.

Am 26. Februar 2018 fand in Minsk eine Razzia in der Wohnung eines Sozialaktivisten statt. Nach Angaben der Polizei suchten sie nach Waffen, Sprengstoffen und anderen verbotenen Materialien. Nichts davon wurde in der Wohnung gefunden, jedoch beschlagnahmte die Polizei einen Laptop, ein Telefon, Festplatten, Zeitungen und Flugblätter. Ansonsten haben die Bullen das Messer seines Vaters beschlagnahmt. Der Aktivist wies darauf hin, dass einige Wochen zuvor die Polizei angerufen und ihn zu einem Gespräch eingeladen hatte – er lehnte dies ab. Er verband die Razzia mit dem Versuch der Polizei, ihn dafür zu bestrafen. Das Interesse der Polizei kann mit seiner aktiven Haltung zu den Entwicklungen in der Ukraine verbunden werden.

Frühling

Am 12. März 2018 wurde Svyatoslav Baranovich [5] zu 3 Jahren Haft verurteilt, weil er am 15. März 2017 gegen das Parasitengesetz protestiert hatte. Baranovich half Anarchist*innen, den Verhaftungen zu entkommen und schlug in einem Handgemenge einen der Polizisten in Zivil.

Am 26. März 2018 wurde der Aktivist Ilya S. mit einer Geldstrafe von 200 Euro belegt, weil er Anrufe ignoriert hatte, zum KGB zu einem informellen Gespräch zu kommen.

Ab März 2018 erschienen Informationen über Anarchist*innen, denen die Einreise nach Russland verboten wurde. Diese Verbote werden denjenigen erteilt, die über offizielle Grenzübergänge in das Land einreisen. Nach der Passkontrolle werden sie über das Verbot informiert. Die Logik hinter diesen Aktionen ist unklar. Sie könnten unter anderem mit der Zusammenarbeit mit der belarussischen Geheimpolizei oder dem Fall "Network" zusammenhängen.

Ein Antifaschist, Y., der beabsichtigte, zum Arbeiten nach Moskau zu gehen, wurde im Frühjahr festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, ein Nazi-Propagandavideo veröffentlicht zu haben und er wurde der Anstiftung zum ethnischen Hass beschuldigt. Das Video wurde auf seiner privaten Seite geteilt mit einem Kommentar, der Nazis lächerlich machte. Sein Haus wurde durchsucht und er verbrachte mehrere Tage in Haft. Er wartet auf die Verhandlung.

Am 19. April 2018 wurde der Anarchist Fyodor B. von der anti-extremistischen Polizei wegen der Verbreitung von Pornografie festgenommen. Die Polizist*innen waren jedoch nicht an dem Video auf seinen sozialen Netzwerken interessiert, sondern an seiner Tätigkeit in der anarchistischen Bewegung, seinen Kontakten und seinem Privatleben. Derzeit unterliegt er Reisebeschränkungen.

Am 3. Mai 2018 wurden in Stolin drei Anarchist*innen und antiautoritäre Aktivist*innen von der Polizei überfallen und verhört. Die Polizist*innen interessierten sich für Anarchist*innen und Punks – wer organisiert Konzerte, wie kommen die Minsker*innen zu den Veranstaltungen etc.

Am 6. Mai 2018 wurde Aleksandr K. von der Polizei aufgesucht, die ihn nach der Aktion befragte, die einen Tag zuvor in Brest stattgefunden hatte, als die Autobahn M1 kurz zuvor aus Protest gegen den Bau einer Batteriefabrik blockiert worden war. Er weigerte sich eine offizielle Aussage zu machen und gab nur Informationen zu seinem Alibi für diesen Tag.

Am frühen Morgen des 16. Mai 2018 brach die Polizei in die Wohnung von Ilya M. ein und führte eine Durchsuchung [6] seiner Wohnung durch. Sie sagten, die Durchsuchung stünde im Zusammenhang mit einer Blockade der Autobahn M1. Computer, Mobiltelefone, Flash-Laufwerke und eine Fotokamera wurden beschlagnahmt.

Es ist auch bekannt, dass die Polizei im Zusammenhang mit derselben Aktion eine Wohnung in Baranovichi durchsuchte. Außerdem wurde in Minsk die Wohnung des Anarchisten Roman ebenfalls durchsucht.

Der Anarchist Vanya K. wurde am 18. Mai 2018 überfallen – Polizisten suchten nach extremistischen Materialien. Kleidung mit den Aufschriften "Animal Liberation", "Anti-Globalism Marvin School" und "Destroy Capitalism" wurde beschlagnahmt. Abgesehen davon nahmen sie Festplatten, Flash-Laufwerke, Telefone und Briefe mit.

Ende Mai 2018 durchsuchte die Polizei in Brest die Wohnung eines Aktivisten wegen einiger in einer anderen Stadt gemalten Graffiti. Sie überprüften seinen Computer und seine Kleidung. Sie beschlagnahmten ein Buch.

Sommer

Anfang Juni 2018 wurde ein antifaschistischer Fan des FC Viktoria, verhaftet. Er steht im Verdacht, Pornografie im Internet zu verbreiten. Ähnliche Verfahren gegen Fußballfans wurden in Gorodeya, Ivatsevichi, Gorki eingeleitet. Es gab mehrere ähnliche Situationen in Minsk. Es scheint ein koordinierter Angriff auf aktive Fußballfans zu sein.

Am 30. Juni 2018 griffen Spezialeinheiten und die anti-extremistische Polizei ein anarchistisches Camp in einem Wald bei der Stadt Krupki an. Nach einem Schuss in die Luft wurden alle Teilnehmer*innen des Camps gezwungen, sich auf den Boden zu legen. Die Aktivist*innen wurden nacheinander gezwungen, auf Knien ihre Namen vor der Kamera zu nennen. Alles in allem dauerte der gesamte Überfall mehr als 8 Stunden, wobei die Aktivist*innen die meiste Zeit bei starkem Regen auf dem nassen Boden lagen. Die Polizei beschlagnahmte Literatur und rief den Forstdienst. Zwei Aktiviste*innn wurden wegen illegaler Entfernung von Pflanzen und Verteilung extremistischer Materialien angeklagt.

Im Juli wurde auf der anarchistischen Konferenz "Pryamukhino Readings" in Russland der belarussische Anarchist Artem M. von der Polizei festgenommen. Er wurde wegen Drogenkonsums angeklagt (Artem verweigerte sich einer medizinischen Untersuchung). Ihm wurde außerdem mitgeteilt, er solle das Gebiet der Russischen Föderation innerhalb von 5 Tagen verlassen, da er "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt".

Ebenfalls im Juli 2018 wurde der Anarchist Nikolay D. vor seinem Haus festgenommen. Am selben Tag verurteilte ihn das Gericht zu einer Geldstrafe von 100 Euro für die Propaganda von Nazi-Symbolen. Der Fall stand im Zusammenhang mit seinem Anti-Nazi-Post auf Facebook vor einigen Jahren.

Am selben Tag verurteilte das Gericht Maria R. zu einer Geldstrafe von 110 Euro für ein Foto mit Hut mit der Aufschrift "Class war", das zuvor als extremistisch eingestuft worden war.

Ende Juli 2018 begann die Polizei mit der Überprüfung der Wohnungen von Personen, die zuvor im Wald festgehalten worden waren. Auch Verwandte von einigen wurden befragt.

Im August 2018 kam die Polizei zu Vanya K., um ihn zu der Razzia zu befragen, die Anfang Mai stattfand. Die Polizisten teilten ihm mit, dass die Anklagepunkte von Verteilung extremistischer Materialien zu Hassverbrechen geändert wurden. Vanya weigerte sich, mit den Bullen zu reden. Die Polizei teilte den Eltern des Aktivisten mit, dass er mit der anarchistischen Gruppe Wave Belarus verbunden sein könnte, was der Hauptgrund für den Beginn der Repressionen war.

Am 29. August wurde eine Präsentation der Menschenrechtsinitiative "Pravovoye Deystviye", die Antifaschist*innen und antiautoritäre Aktivist*innen unterstützt, sabotiert – die Eigentümer des Veranstaltungsortes sagten sie im letzten Moment ab.

Am 30. August entschied das Gericht, dass ACAB und СЛОН (Tod den Polizisten durch Messer) Slogans auf der Kleidung des Fußballfans Aleksei S. extremistisch sind. Danach überfiel die Polizei seine Wohnung und behauptete, sie würden nach Beweisen für Hassverbrechen suchen.

Herbst

Anfang September entdeckte eine Gruppe von Menschen in Grodno ein Feuer im Wald. Sie riefen die Feuerwehr. Am nächsten Tag allerdings wurden sie für 8 Stunden in einer Polizeistation festgehalten, wo Polizist*innen sie wegen des Feuers anzuklagen versuchten, da einer der Leute in der Gruppe ein*e Ökoanarchist*in war. Am Abend wurden alle Leute entlassen.

Am 12. Oktober überfielen Polizist*innen die Wohnung von Aleksandr K. aus Brest. Ihm wurde vorgeworfen, ein Flugblatt an einem der Häuser in der Stadt angebracht zu haben. Während der Razzia waren die Polizist*innen nicht an Flugblättern interessiert, sondern beschlagnahmten einen Laptop, Telefone und andere Geräte.

Zur gleichen Zeit überfiel die Polizei das Haus von Dmitry L. und beschlagnahmte die Festplatte aus seinem Computer.

Am 14. Oktober wurden beide auf der Polizeiwache verhört. Danach wurden sie bis zum Ende der Aktion "Tauben füttern" festgehalten (wöchentlicher Protest in Brest gegen den Bau einer Batteriefabrik).

Am 2. November wurde in Grodno der Musiker Ales D. wegen der Weiterverbreitung von Informationen von einer als extremistisch eingestuften anarchistischen Gruppe in sozialen Netzwerken mit einer Geldstrafe von 250 Euro belegt.

Zwei Wochen später wurde der Antifaschist Vladislav S. wegen einer ähnlichen Tat zu einer Geldstrafe von 150 Euro verurteilt. Damals verbüßte Vladislav eine Strafe in einer offenen Strafanstalt (das heißt, er darf das Gefängnis zur Arbeit verlassen). Der administrative Fall könnte ein Versuch der Polizei gewesen sein, ein neues Strafverfahren gegen ihn wegen Verletzung der Auflagen einzuleiten.

In derselben Stadt wurde Aleksandr G. am 20. November eine Geldstrafe von 300 Euro wegen Propaganda von Nazi-Symbolen und der Verbreitung extremistischer Materialien auferlegt [1].

Und wieder Winter

Am 2. Dezember wurden sechs Aktivist*innen festgenommen, weil sie einen Trauerkranz an der Statue eines Polizisten aus dem 19. Jahrhundert angebracht hatten.

In Brest wurde Anfang Dezember der Antifaschist Dmitry K. zu 2 Jahren Freiheitsentzug verurteilt (ähnlich einem Hausarrest). Er wurde wegen einer Schlägerei in einer Bar angeklagt, in der ein betrunkener Mann Dmitry angriff. Dmitry wehrte sich, und 6 weitere Leute kamen, um dem Betrunkenen zu helfen. Infolgedessen erlitten Dmitry und mehrere andere Beteiligte leichtere Verletzungen. Beide Seiten wollten keine Anzeige erstatten – die Polizei hat nun nur Dmitry wegen des Unfalls angeklagt.

Am 11. Dezember wurde ein*e Kunstaktivist*in aus der Theaterwerkstatt Fortinbras für die wenige Tage zuvor durchgeführte Aktion "Dekonstruktion der Miliz" zu einer Geldstrafe über 110 Euro verurteilt. Die Aktion wurde zur Unterstützung der LGBT-Gemeinschaft durchgeführt.

Drei Tage später wurde Dmitry Poliyenko mit einer Geldstrafe über 400 Euro belegt, weil er "präventive Gespräche" auf der Polizeistation vermieden hatte. Für den 19. Dezember war eine weitere Gerichtsverhandlung angesetzt, zu der Aktivist*innen jedoch nicht erschienen, so dass die Ergebnisse der Verhandlung noch unbekannt sind.

Am 27. Dezember wurde Nikolai D. mit einer Geldstrafe von 400 Euro für die Propaganda der NS-Ideologie [1] (ein weiterer Beitrag auf Facebook) belegt.

Uns sind einige weitere Fälle für das Weiterverbreiten in sozialen Netzwerken bekannt. Außerdem erhielten wir Informationen über mehrere Razzien und informelle Gespräche mit Antifaschist*innen. Die Informationen über diese Fälle sind nicht öffentlich.

Die gute Nachricht

Am 25. April erhielt der Antifaschist Thomas K., der zuvor eine Strafe für eine Schlägerei verbüßte, eine Verbesserung der Haftbedingungen und kann nun die restliche Haftzeit zu Hause absitzen.

Am 24. Oktober wurde Dmitry Poliyenko freigelassen, nachdem er 2 Jahre für einen Angriff auf eine*n Straßenpolizist*in während der Critical Mass im Gefängnis war. Während seiner Zeit hinter Gittern hatte er zahlreiche Probleme im Gefängnis, die durch die Gefängnisverwaltung hervorgerufen wurden.

Die anarchistische Liste der extremistischen Materialien wurde um 2 Broschüren, 3 Flyer und 1 Aufkleber erweitert. 5 Internet-Websites wurden auf die schwarze Liste gesetzt, darunter die Website des Anarchist Black Cross Belarus. " Class War", " Terror Machine ", " ACAB " und " СЛОН " landeten ebenfalls auf der Liste der extremistischen Materialien. Von nun an kann die Verteilung und Aufbewahrung dieser Materialien als Rechtsverletzung verfolgt werden.

Gleichzeitig erstellen Polizist*innen der anti-extremistischen Polizei aktiv gefälschte Seiten in sozialen Netzwerken, auf denen sie Materialien über Anarchist*innen veröffentlichen, einschließlich Bildern und privaten Informationen, die sie bei illegalen Razzien erhalten haben. Eine der Seiten wurde im Namen eine*r Anarchist*in erstellt, der*die eines Angriffs auf das KGB-Gebäude im Jahr 2017 verdächtigt wurde. Auf dieser Seite veröffentlicht die Polizei Profile verschiedener Anarchist*innen und Antifaschist*innen mit der Beschreibung ihres Lebens, ihrer Interessen und einigen Informationen, die innerhalb der anarchistischen Bewegung als provokativ angesehen werden können. Und natürlich wird das Verlinken extremistischer Materialien von diesen gefälschten Seiten nicht weiter untersucht.

1: Derzeit verwendet die Polizei diesen Artikel, um Antifaschist*innen und Anarchist*innen für manche Bilder von Nazis oder antifaschistische Symbole, die Hakenkreuze enthalten (wie gekreuzte oder gebrochene Hakenkreuze), zu verfolgen.

2: Diese Kooperationspapiere machen dich zu einem offiziellen Informanten der Polizei oder des KGB. Im Jahr 2015 kam es zu einem Skandal, als sich herausstellte, dass eine Reihe von Jugendlichen der rechten Opposition diese Papiere unterschrieben, darunter auch Spitzenaktivist*innen.

3: Die Polizei führt in der Regel Razzien bei Aktivist*innen durch, die als Zeug*innen aufgeführt sind, um sie direkt im Anschluss an die Razzien anzuklagen.

4: An diesem Tag wurden über 30 Anarchist*innen und ihre Anhänger*innen nach Protest gegen das Parasitengesetz festgenommen. Die Polizei verwendetet Pfefferspray in öffentlichen Verkehrsmitteln, um Aktivist*innen aus den geschlossenen Räumen zu holen und verhaften zu können. Später kündigte das Innenministerium an, ein Strafverfahren wegen eines Angriffs auf die Polizei mit Pfefferspray einzuleiten.

5: https://abc-belarus.org/?p=11506&lang=de

6: Nach weißrussischem Verwaltungsrecht kann die Polizei Wohnplätze von Bürgern ohne Strafverfahren inspizieren, wenn sie genügend Gründe zu der Annahme hat, dass etwas Verdächtiges vor sich geht. Dies wurde zu einer der beliebtesten Taktiken bei Razzien im Land, da es keine Notwendigkeit mehr gibt, im Vorfeld einen Fall zu konstruieren.

